

„Es ist beschämend“

Bertelsmann-Studie: Jedes fünfte Kind lebt in Armut – Sozialverbände üben scharfe Kritik

Von Tobias Schmidt, RNZ Berlin

Berlin. Jedes fünfte Kind in Deutschland steckt in der Armutsfalle, lebt mindestens fünf Jahre in schwierigen Verhältnissen. „Es ist beschämend, wie viele Kinder in diesem reichen Land in Armut aufwachsen“, beklagt der Paritätische Wohlfahrtsverband gestern nach der Vorstellung einer neuen Bertelsmann-Studie. 2,7 Millionen Kinder sind betroffen. Hat die Familienpolitik versagt? So sieht es jedenfalls Heinz Hilgers, Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes. Keine Regierung seit Beginn des Jahrtausends „hat sich des Themas ernsthaft angenommen“, sagte er im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion.

Die Studie platzt in die anlaufenden Sondierungen von Union, FDP und Grünen hinein, erhöht den Druck auf die Parteien, sich des Problems anzunehmen. „Ich möchte nicht in vier Jahren dastehen und noch einmal sagen müssen: Jedes fünfte Kind lebt in Armut“, erklärte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt den Kampf gegen Kinderarmut

zur Priorität. Und Marcus Weinberg, familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, rief die Familienpolitik zum „zentralen Themenfeld“ der kommenden Legislatur aus.

Plötzlich Alarmstimmung, dabei liegt der Teil der armutsgefährdeten Kinder in Deutschland schon seit Jahren bei 20 Prozent. Darunter fallen Kinder in Haushalten, die über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Verdienstes verfügen. Den Betroffenen fehlt zwar kein Dach über dem Kopf und sie haben genug zu essen. Doch müssen sie auf vieles verzichten, was für andere ganz normal ist.

Was die Langzeit-Studie unter 3180 Kindern, erstellt vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), herausfand: Für zwei von zehn Kindern ist Armut ein Dauerzustand, und weitere zehn Prozent sind kurzzeitig davon betroffen. „Wer einmal arm ist, bleibt lange arm. Zu wenige Familien können sich aus Armut befreien“, erklärte der Vorstand der Bertelsmann-Stiftung, Jörg Dräger. Die häufigen Folgen der Dauerarmut: schlechtere Noten, ungesündere

Ernährung, höhere Gewaltneigung und ein geringeres Selbstwertgefühl.

Vor allem für die Grünen und die Union war die Familienpolitik schon im Wahlkampf ein wichtiges Anliegen, allerdings mit unterschiedlichen Akzenten. So wollen CDU und CSU das Kindergeld anheben, ein Baukindergeld sowie einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter einführen. Eine pauschale Anhebung des Kindergeldes ist aus Expertensicht indes nicht sinnvoll, weil es alle bekommen und für die wirklich Bedürftigen nicht reicht. CDU-Familienpolitiker Weinberg fordert gestern eine höhere Unterstützung für Bildung und Teilhabe. Die bisherigen Beträge – etwa 100 Euro für Lernmaterial pro Jahr – sind aus Sicht des Kinderschutzbundes „skandalös“ niedrig.

Die Grünen fordern ein „Familienbudget“ von zwölf Milliarden Euro. Daran soll eine Grundsicherung von 300 Euro für jedes Kind pro Monat finanziert und die bisherige Förderung zu einer einheitlichen Leistung für alle Kinder zusammengefasst werden.

*Dazu ein
Kommentar
(gleiche
Ausgabe,
Seite 2):*

Überdenken

Tobias Schmidt zur Kinderarmut

Einmal unten, immer unten: Der traurige Befund der Bertelsmann-Studie zur Kinderarmut, wonach betroffene Kinder kaum Chancen haben, aus materieller Not herauszukommen, sollte die Jamaika-Sondierer wachrütteln.

Zwar geht es bei Kinderarmut in Deutschland nicht um Elend und Hunger. Doch Millionen Kindern steht nicht das zur Verfügung, was für andere normal ist: Der Kinobesuch, der Vereinsbeitrag, ein hübscher Schulanfang. Damit Armut nicht vererbt wird, müssen die Kinder Ambitionen entwickeln. Die Teilhabe an Sport und Kultur, ein von der Union in Aussicht gestellter Rechtsanspruch auf Ganztags im Grundschulalter, sind wichtige Schritte. Die von FDP und Grünen versprochene Bildungsoffensive sollte vom Leitspruch gelenkt werden, dass die besten Schulen in die schwierigsten Stadtteile gehören. In den Blick nehmen sollte die künftige Regierung auch die Entlastung von Alleinerziehenden mit geringen Einkommen.

In der Familienpolitik gilt es, die wirklich Bedürftigen zu fördern. So populär eine pauschale Kindergelderhöhung sein mag, so eindeutig geht sie am Ziel vorbei. Und wenn der CSU der soziale Ausgleich so wichtig ist, sollte sie ihre Pläne zur Mütterrente zugunsten einer Grundsicherung für arme Kinder überdenken.